Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur

Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte

Band: 2 (1922-1923)

Heft: 11

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Politische Rundschau

Zur politischen Lage.

Die französische Politik seit den Tagen Richelieus ist das Muster einer logischen und folgerichtigen Politik. Das macht ihre Stärke und ihre Größe aus, um deretwillen sie je und je die Bewunderung der Welt erregt hat, aber auch ihre Schwäche, denn das geschichtliche Geschehen ist in seinen innersten Triebkräften nicht ein Ausfluß logischer Erwägungen und Gedankenreihen. Darum ist die französische Politik schließlich noch immer dem Schicksalshaften erlegen, das jenseits aller Logik und verstandesmäßigen Berechnung den Gang der menschlichen Geschichte bestimmt.

Richelieu soll sein politisches Testament in die Worte gefaßt haben: „Der Zweck meines Ministeriums war, Gallien die Grenzen, die ihm die Natur bestimmt hat, zurückzugeben, Gallien mit Frankreich gleichzusetzen". Und die französische Revolution kennzeichnete im Konvent vom 14. Februar 1794 durch den Mund Carnots ihre Politik wie folgt: „Die alten und natürlichen Grenzen Frankreichs sind der Rhein, die Alpen und die Pyrenäen. Die Teile, die davon losgelöst wurden, sind es nur durch Usurpation; es wäre keine Ungerechtigkeit, sie wieder zurückzunehmen." Im Jahre 1917, während des Weltkrieges hat Briand, damals Ministerpräsident, der Meinung Ausdruck gegeben, Frankreich müsse beim Friedensschluß das linke Rheinufer, „die verlorene Erbschaft der französischen Revolution", die natürliche Grenze Frankreichs fordern. Bekanntlich hat Frankreich wegen des Widerstandes Englands und Amerikas dieses Ziel nicht unmittelbar erreichen können. Was es im Versailler Vertrag durchzusetzen vermochte, war bloß die militärische Besetzung des linken Rheinufers mit Räumungsfristen, die seiner Willkür unterstehen.

Will nun aber Frankreich sich ernsthaft und dauernd auf dem linken Rheinufer festsetzen, so kann es das nur, wenn es auch Teile des rechten Rheinufers im Besitz hat. Rechtes und linkes Ufer des unteren und mittleren Rheines sind wirtschaftlich so miteinander verwachsen, daß man sie nicht auseinanderreißen kann, ohne beiden schwersten Schaden anzutun. Der Widerstand der Bevölkerung des linken Rheinufers gegen eine Einverleibung in Frankreich wird aber nie zu überwinden sein, wenn diese Einverleibung auch noch mit ihrer dauernden wirtschaftlichen Verelendung verbunden ist. Also muß Frankreich, um das linke Rheinufer sicherzustellen, auch auf das rechte Rheinufer übergreifen.

Was für das wirtschaftliche Gebiet gilt, gilt in noch höherem Maße für das politische. Solange eine Bevölkerung, die man aus ihrer bisherigen politischen Gemeinschaft herausreißen will, noch auf breiter Fläche an diese bisherige Gemeinschaft anstößt und in enger Berührung mit ihr steht, ist ihre Eingliederung in die neue politische Gemeinschaft unmöglich. Das wirksamste Mittel ist daher, die politische Gemeinschaft, aus der man einen Teil losgelöst hat, gänzlich zu zerschlagen. Als Clemenceau im französischen Senat vom 11. Oktober 1919 von dem Senator Lamarzelle mit den Worten angegriffen wurde: „Die erste Frucht des Sieges, welcher Franzose hätte sie nicht im Zerschlagen der deutschen Einheit gesehen? Haben wir diese Einheit [im Versailler Vertrag] zerschlagen? Nun denn „nein!", antwortete er darauf: „Sehen Sie, meine Herren, man muß nicht glauben, daß die Ereignisse an dem Punkte stehen bleiben, wohin sie von dem Verfasser des Vertrages gestellt worden sind. Die durch den Frieden geschaffene Lage wird sich entwickeln." — Und sie hat sich seither entwickelt!

Die französische Revolution hatte aus dem Erbe Richelieus und Ludwig XIV. den Besitz der Zugänge zum Schelde-, Maas- und Moseltal — das

Artois, Verdun, Metz und Toul — und die Stellung am oberen Rhein — den Besitz von Elsaß und Lothringen — und im oberen Rhonegebiet — die Freigrafschaft und das Pays de Gex — übernommen. Von diesen Positionen aus trug sie den Angriff schrittweise nach Osten vor. Zuerst im Süden. 1792 wurde Savoyen einverleibt — Genf stand schon damals vor der gleichen Gefahr —, dann der Angriff über die Südalpen nach Oberitalien vorgetragen. Gleichzeitig stießen französische Truppen vom Elsaß in südlicher Richtung in das Gebiet des heutigen Berner Jura vor, 1793 wurde die Ajoie (Pruntrut) mit Frankreich vereinigt. 1795 ist auch das linke Ufer des mittleren und unteren Rheins so gut wie in Frankreichs Händen. Holland wird als Batavische Republik französischer Vasallenstaat. (Die vertragliche Annexion des linken Rheinufers erfolgt allerdings erst 1801 im Frieden von Lünéville). Nachdem am mittleren und unteren Rhein diese erste Etappe erreicht ist, wird der Angriff am Oberrhein, im oberen Rhonegebiet und in Oberitalien wieder aufgenommen: 1797 besetzen französische Truppen das Münster- und Erguettal, Neuenstadt und Biel. Im gleichen Jahre wird das Veltlin von der Eidgenossenschaft losgerissen. 1798 erfolgt die Eroberung der alten Eidgenossenschaft. Diese wird als helvetische Republik französischer Vasallenstaat. Mülhausen und Genf fallen an Frankreich. Drei Jahre später auch das Wallis; einige Jahre später auch Neuenburg.

Das französische Kaiserreich, das das Frankreich der Revolution 1804 ablöst, muß, um sich am Rhein zu halten, diesen überschreiten und die jenseitigen Mittelpunkte politischen Willens und militärischen Widerstandes brechen. 1806 gründet Napoleon den Rheinbund. Im gleichen und im folgenden Jahre zerschlägt er Preußen, zwei Jahre später Oesterreich. Um die wirtschaftliche Waffe gegen England, die Kontinentalsperre wirksamer zu gestalten, verleibt er 1810 die gesamte Nordseeküste bis Hamburg und als Vorposten an der Ostsee Lübeck dem französischen Staatsgebiet ein. Und schließlich, als sich ihm als letztes ungebrochenes Widerstandszentrum Rußland entgegengestellt, will er 1812 auch dieses noch niederzwingen. Damit aber ist der Augenblick der Ueberspannung der eigenen Kräfte gekommen. In wenig Jahren bricht das ganze, kunstvolle, einzig auf die Macht der Bajonette gestellte Gebäude der französischen Hegemonie zusammen. Die Friedensverträge von 1814/15 drängen Frankreich wieder in die Grenzen zurück, die es vor 1792 besessen hatte.

Es ist müßig, sich darüber zu unterhalten, ob Frankreich vorwiegend aus wirtschaftlichen oder aus politisch-militärischen Gründen in das Ruhrgebiet einmarschiert ist. Tatsache ist, daß heute Frankreich mit einem Heer von ein- bis zweihunderttausend Mann im Ruhrgebiet steht. Es hat damit nur B gesagt zu dem A, das es mit der Besetzung des linken Rheinufers vor vier Jahren ausgesprochen hat. Müßig ist es daher auch, sich der Erwartung hingeben zu wollen, daß Frankreich, wenn ihm der Einmarsch in die Ruhr keinen wirtschaftlich-finanziellen Erfolg bringt — und das wird er sicherlich nicht —, die Besetzung freiwillig wieder aufgeben werde. Das Gegenteil ist zu erwarten. Nachdem Frankreich B gesagt hat, wird es auch C, ja wenn es bis dann von seinem Schicksal noch nicht erfaßt worden ist, schließlich auch D sagen.

Vielleicht wird Frankreich sich veranlaßt sehen, schneller das C zu sagen, als es selber meinte. Der Einmarsch in die Ruhr hat in Deutschland, im besetzten wie im unbesetzten, eine Erregung und eine Entschlossenheit zum Widerstand hervorgerufen, die Frankreich alle Aussichten auf eine baldige Angliederung und Einordnung des linken Rheinufers in sein Staatsgebiet verlieren läßt. Deutschland, insbesondere das besetzte, ist gänzlich wehrlos. Frankreich kann daher unter dem Schutze seiner Bajonette machen, was es will. Aber mit jedem Gewaltakt, den es mehr begeht — und es sind deren täglich ein gerüttelt Maß voll — entfernt es sich einen Schritt weiter von seinem Ziel. Deutschland hat heute nichts mehr zu verlieren. Ein gleiches Schicksal ist allen seinen Angehörigen beschieden. Ob Bergwerksbesitzer, Großindustrieller, Beamter oder Arbeiter: von einem Tag auf den andern sehen sie sich auf die Straße ge-

stellt und um Vermögen, Amt und Verdienst gebracht. Wer aber nichts mehr zu verlieren hat, ist aller Sorgen bar. Sein Denken und Handeln ist nur noch auf ein Ziel gerichtet: Vergeltung. Was Deutschland von sich aus vielleicht nie gelungen wäre, seine innere Zerspaltung zu heilen und zu überbrücken, dazu verhilft ihm nun Frankreich, das Frankreich, das seine Zerstückelung will und vielleicht schon in kürzester Zeit die dazu notwendigen Schritte unternimmt (die eben stattgehabte Besetzung von Offenburg und Appenweier, d. h. die Schaffung eines Straßburger Brückenkopfes deutet darauf hin, daß Frankreich vielleicht schon demnächst den weiteren Vormarsch nach Deutschland hinein antritt, von diesem Straßburger Brückenkopf aus über den Schwarzwald ins Donautal, vom Mainzer Brückenkopf über Frankfurt das Maintal hinauf, um die Verbindung mit den Tschechen herzustellen, vom Ruhrgebiet in die norddeutsche Tiefebene). Mag Frankreich vielleicht die äußerliche Zerstückelung Deutschlands erreichen; aber es bewirkt damit dessen innere Einigung, die diesem von sich aus nie gelungen wäre. Das ist die Ironie der Geschichte, aber auch ihre immanente Gerechtigkeit. Die Kraft, die das Böse will und stets das Gute schafft, bewährt sich auch hier.

Frankreich rechnet auf seine Verbündeten im Osten und Südosten. Sie werden vielleicht marschieren. Aber was macht das schließlich aus, ob einige Hunderttausend Soldaten mehr oder weniger. Zunächst ist es ja nicht ein Kampf mit Gewehr und Kanone. In dem Ringen um die Herzen und die Zuneigung der Bevölkerungen aber haben Frankreich und seine Verbündeten schon ~~verloren~~. Die von der Pariser Konferenz künstlich geschaffenen Staatsgebilde des Ostens und Südostens tragen den Todeskeim in sich. Sie haben sich große wesensfremde Volksteile einverleibt, die nur auf die Stunde der Befreiung warten. Der litauisch-polnische Konflikt lebt mit der Besetzung des Memellandes durch Litauen wieder in aller Schärfe auf. Im Balkan glimmt es überall unter der Asche; es braucht eines scharfen Windzuges und er steht in Flammen. Italien nimmt eine abwartende Stellung ein. Es läßt die Lage sich entwickeln, um im geeigneten Augenblick erst den Entscheid zu treffen, ob es mit oder gegen Frankreich besser seine nationalen Aspirationen — Dalmatien, Malta, Tunis, Korsika, Nizza, Tessin — befriedigen kann.

Die Lage im Balkan wird wesentlich mitbestimmt durch den ergebnislosen Ausgang der Lausanner Konferenz, die den Frieden im Orient herstellen sollte. Im Waffenstillstand von Mudania schon war die Türkei wieder als europäische und als Balkanmacht eingesetzt worden. England versuchte diesen Umstand, daß die Türkei wieder in den Besitz des Zugangs zum Balkan von Osten und die besiegten Balkanmächte Bulgarien und Ungarn damit umgekehrt wieder zu einer unmittelbaren Verbindung mit dem Orient kamen, durch seine Festsetzung an den Meerengen zu parallelisieren. Davon, ob es nach dem Scheitern der Lausanner Konferenz jetzt zum offenen Konflikt zwischen England und der Türkei — diese wird zweifellos in Mesopotamien zur Verdrängung der Engländer offensiv vorgehen — kommt, hängt der Gang der Ereignisse im Balkan ab. Frankreich schiene den Ausbruch eines Orient- und Balkankrieges nicht ungern zu sehen; hat es doch in Lausanne den Türken nach der Ueberreichung des Friedensvertragstextes deutlich zu verstehen gegeben, daß es sich mit England nicht solidarisiere. Es könnte dann, während England im Orient beschäftigt ist, um so ungestörter seinen weiteren Vormarsch nach Deutschland hinein, seinen zweiten „Eroberungskrieg", wie wir diesen dann im Vergleich zum ersten von 1914/1919 nennen wollen, ausführen. — Von Rußland wollen wir heute nicht sprechen. Was dort vor sich geht, entzieht sich ja völlig der Kenntnis Mittel- und Westeuropas.

* * *

Vom Völkerbunde ist in den letzten Wochen öfters die Rede gewesen. England versuchte, ihn sich seinen Interessen dienstbar zu machen in seinem Konflikt mit der Türkei wegen des englischen Protektoratsstaates Irak. Der

Völkerbund sollte dessen Schutz übernehmen. Frankreich seinerseits ließ einmal mehr offiziös erklären, daß der Völkerbund entweder seinen Interessen diene oder dann zu existieren aufgehört habe. Als gerüchtweise verlautete, der Völkerbund werde wegen der Ruhrbesetzung intervenieren, ertönte prompt die Antwort, daß ihm dann Frankreich und mit ihm seine Verbündeten zum längsten angehört hätten.

Der Beachtung wert sind diese Vorgänge einzig wegen der Rückwirkungen, die sie in einzelnen Teilen der Schweiz gehabt haben. Vor einigen Wochen bemächtigte sich plötzlich der welschen Schweiz eine große Erregung, als dort die Meinung aufkam, der schweizerische Bundesrat beabsichtige, an den Völkerbund ein Gesuch um Intervention in der Ruhrbesetzung zu richten. Es war dabei sehr interessant zu beobachten, was für Argumente gegen diese angebliche Interventionsabsicht des Bundesrates vorgebracht wurden. Die Schweiz habe alles Interesse daran, bei Anwendung des Artikels 11 der Gesellschaft der Nationen nicht eine Haltung einzunehmen, die von den Mitgesellschaftern als „unnötigerweise unfreundlich" empfunden werden könnte, schrieb der bekannte Oberst Feyler in der Gazette de Lausanne. Im gleichen Zusammenhang äußerte sich Pierre Grellet, daß man es vielerorts in der deutschen Schweiz nicht verwinden könne, daß die Schweiz einem „aus dem Siege der Entente hervorgegangenen politischen Gebilde" beigetreten sei. Und der schweizerische Delegierte beim Völkerbund Usteri gab seiner Meinung in einem viel beachteten Artikel der Neuen Zürcher Zeitung dahin Ausdruck, daß der Völkerbund auf den moralischen Voraussetzungen des Versailler Vertrages beruhe, d. h. auf der Anschauung von der Alleinschuld Deutschlands am Ausbruch des Krieges, von seiner unmenschlichen Kriegsführung, von seinem bösen Willen zur Wiedergutmachung usw. und daß er infolgedessen eigentlich weder für ein verworfenes Land wie Deutschland geschaffen sei, noch auch zu seinen Gunsten intervenieren könne. Auf jeden Fall sei aus diesen Gründen eine Intervention mit den größten Schwierigkeiten verbunden. Als letztes Argument wurde schließlich noch vorgebracht, daß das Verlangen nach einer Intervention von den Völkerbundsgegnern des 16. Mai ausgehe.

Das letztere ist nun, sofern es die bürgerlichen Gegner vom 16. Mai 1920 angeht, nicht richtig. Für diese Gegner des Beitritts der Schweiz zum Völkerbund waren es nicht die umgekehrten Gründe, die die Befürworter zu ihrer Haltung bestimmten. Die Gegner vom 16. Mai wollten nicht deswegen von einem Beitritt der Schweiz nichts wissen, weil der Völkerbund nicht ein „aus dem Siege Deutschlands hervorgegangenes Gebilde" war, sondern weil sie überhaupt nicht wollten, daß die Schweiz sich einem internationalen politischen Gebilde, das bei den Konflikten der Großmächte Partei ergreifen soll, anschließe. Denn gerade das, die Stellungnahme zu internationalen Konflikten, verträgt die Schweiz mit ihrer Zusammensetzung aus verschiedenen Nationalitäten nicht. Jede solche Stellungnahme hat naturnotwendig die erneute Aufreißung des „Grabens" zur Folge. In der Beurteilung der internationalen Dinge werden deutsch und welsch meist auseinandergehen und selbst wenn, was nicht ganz ausgeschlossen, einmal unausgesprochene Uebereinstimmung besteht, so verlangt politische Klugheit, daß man diese nicht durch eine offizielle Stellungnahme nach außen gefährdet. Politischer Takt ist ein notwendiges Requisit aller Politik. Das war die Meinung der Gegner vom 16. Mai. Die Zugehörigkeit zum Völkerbund schafft der Schweiz nur innere Konflikte. Bleiben wir unter uns. Was außerhalb unserer Grenzen geschieht, ist gewiß nicht belanglos für uns. Es kann sich auch jedermann seine Meinung darüber bilden. Aber offiziell, in Form internationaler Proteste, haben wir uns nicht darüber auszusprechen.

Die Stellungnahme, die der Bundesrat zur Intervention in der Ruhrangelegenheit bezogen hat, entspricht zwar nicht dem verkündeten Geiste des Völkerbundes, sie ist aber so, wie es das Interesse der Schweiz gebietet. Wir haben ja gerade genug mit nationalen Fragen zu tun. Auf dem nationalen Boden werden wir uns, welsch und deutsch, auch immer wie-

der finden. Auch wenn wir gelegentlich nicht einig sind. Man möchte beinahe hoffen, daß es England gelinge, in seinem Gegensatz zu Frankreich, den Völkerbund auf seine Seite zu ziehen. Dann würden sich alle diejenigen in der Schweiz, die dem Völkerbund als einem Instrument des Versailler Vertrages anhängen, von ihm abwenden, und die Reihen, die heute noch zum Teil vom 16. Mai her auseinanderstehen, könnten geschlossen werden. Geschlossene Reihen aber, das ist es, was wir brauchen. Denn allerorts ziehen sich drohende Ungewitter an unseren Grenzen zusammen. Sollte uns das Schicksal früher oder später ähnliches bescheiden, was heute Deutschland geschieht, dann vermögen wir unsere Zukunft nur zu retten, wenn wir jeder fremden Herrschaft als ein Volk entgegentreten.

Zürich, 5. Februar 1923. Hans Oehler.

Bücher

Französische Rheinlandspolitik vor 100 Jahren.

Das französische Oberkommissariat in den Rheinlanden hat vor kurzem eine Zusammenstellung der Quellen zur Geschichte des linken Rheinufers unter der französischen Herrschaft von 1792 bis 1814 erscheinen lassen[1]). Sie ist herausgegeben von Charles Schmidt, der sich schon durch eine ausgezeichnete Geschichte des napoleonischen Großherzogtums Berg einen Namen gemacht hat. In einem Vorwort erzählt der bekannte Historiker Langlois, daß die Arbeit für diese Veröffentlichung sofort nach dem Abschluß des Waffenstillstandes begonnen hat. Das Buch umfaßt zwar noch nicht alle in Betracht kommenden Archive, aber es bildet mit seinen sorgfältigen Zusammenstellungen doch ein wertvolles Hilfsmittel für jeden, der sich mit diesem Stück Geschichte befassen will.

Das Werk besitzt aber neben seiner wissenschaftlichen auch eine politische Bedeutung. Es ist ein Dokument der französischen Kulturpropaganda im Rheinland. Frankreich sucht ja dort mit allen Mitteln einen Gegensatz zwischen dem linksrheinischen Gebiet und dem übrigen Deutschland herzustellen. Auf der andern Seite aber scheut es keine Mühe und keine Kosten, um die Beziehungen zwischen Rheinländern und Franzosen enger zu gestalten. Das Land soll durch die Verbreitung französischer Sprache und Kultur zur künftigen politischen Aufsaugung reif gemacht werden. Jahrhunderte alte Ideen der Franzosen sollen dadurch endlich einmal zur Tatsache werden.

Vom Momente ihres Einmarsches im Winter 1918 an stützten sich bei diesem Werben um die Seele des Rheinländers die Franzosen auf historische Erinnerungen. Die Kommandanten der einmarschierenden Truppen wie die Beamten der heutigen Rheinlandskommission und die Generäle der Besatzungsarmee suchten immer und immer wieder das Andenken an die französische Herrschaft auf dem linken Rheinufer unter der ersten Republik und dem ersten Napoleon wachzurufen. Dieser Zeitraum wurde und wird von ihnen zur Glanzzeit der Rheinlande gemacht. Alles Schöne und Gute, das die reichen Gebiete heute aufweisen können,

[1]) Ph. Sagnac: Le Rhin français pendant la Révolution et l'Empire. Paris Alcan 1917.